



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/270 - 20.11.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

| | |
|---|------|
| Zur Tagung des Atlantikpaktrates in Rom | S. 1 |
| Franco läßt "wählen" | S. 3 |
| WGB erhielt Sabotage-Aufgaben | S. 4 |
| Die CSU und die Bonner Koalition | S. 5 |
| KP organisiert Lügenfeldzug | S. 6 |

Am 24. in Rom

P.R. Es ist nur eine der zahlreichen widerspruchsvollen Ungeheimheiten im weltpolitischen Bild unserer Tage, daß die letzten Vorbereitungen für die Atlantikrat-Konferenz, die am 24. November in Rom beginnt, zeitlich genau mit den Anstrengungen in Paris zusammenfallen, dem Abrüstungsgedanken doch noch eine, wenn auch noch so blasse Wirklichkeit zu geben. "Der Weg zur Abrüstung ist mit Rüstungen gepflastert", überschrieb kürzlich eine ausländische Zeitung ihre Betrachtung zu diesem Gegenstand. Wer denkt dabei nicht an das Wort von den guten Vorsätzen, deren Weg zur Hölle führt?

Vertreter der zwölf Mitgliedstaaten des Atlantikrates werden das achte Mal zu einer Tagung zusammentreten. Inzwischen ist beschlossen worden, den Kreis um zwei neue, Griechenland und die Türkei, zu erweitern. So stellt sich das System der Atlantikpakt-Staaten als das umfassendste militärische Schutzbündnis dar, das es bisher überhaupt gegeben hat: Es umfaßt mit den USA und Kanada Nordamerika, mit Ausnahme der Iberischen Halbinsel, aber unter Einschluß von Norwegen und Dänemark, alle europäischen Anrainer des Atlantik und besitzt in Italien, Griechenland und der Türkei auch eine feste Bastion im östlichen Mittelmeer mit weit vorgeschobener Flanke,

In Rom wird der wichtigste Mann der dort bereits eingetroffene Chef des Vereinigten amerikanischen Generalstabes, Omar Bradley, sein, denn selbstverständlich basiert das atlantische Verteidigungs-

System in militärischer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht auf der überragenden Kraft der USA. Er arbeitet in engstem Kontakt mit dem Oberkommandierenden der atlantischen Armee, General Eisenhower, der in letzter Zeit - ganz im Gegensatz zu seiner Art, sich nicht aus der Ruhe bringen zu lassen - recht besorgte Ungeduld über den schleppenden Gang der militärischen Rüstungsanstrengungen, vor allem in Europa, aber auch in den USA, gezeigt hat. Offenbar auf seine Veranlassung hat der Chef des amerikanischen Rüstungsamtes, Charles Wilson, gerade in diesen Tagen die Verdoppelung der amerikanischen Rüstungsproduktion verlangt, die heute schon einen monatlichen Wert von 1,5 Mrd. Dollar hat.

In den letzten Tagen ist der Begriff eines "Eisenhower-Planes" aufgetaucht, dessen Ziel die Schaffung einer kompakten, mit amerikanischen Waffen voll ausgerüsteten, schlagkräftigen Interimsarmee von ungefähr 30 Divisionen, möglichst innerhalb eines Jahres von heute an gerechnet, sein soll - unbeschadet einer späteren Fortentwicklung der Aufrüstung dieser Mächtegruppe, falls sich das politische Gesamtbild nicht radikal geändert haben sollte. Auch seine Verwirklichung würde schon auf ungeheure Hindernisse stoßen.

Die Hauptschwierigkeit, die Dinge in dem von der amerikanischen Staatsführung gewünschten Umfange vorwärts zu treiben, liegt aber in den begrenzten wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten der europäischen Länder. Das war bereits das Hauptthema der letzten Konferenz der Atlantikpakt-Staaten in Ottawa im September, die zwar zwei lange, einmütig gefasste Resolutionen, aber keine Lösung eben dieser Hauptschwierigkeit brachte. Es liegt ein echtes Dilemma vor: Die Notwendigkeit einer, die Sowjets in Schranken haltenden militärischen Stärke des Westens ist unbestritten - unbestritten ist aber auch, daß die damit verbundenen enormen Kosten nicht das Lebensniveau in den beteiligten europäischen Staaten in einem Umfang senken dürfen, daß der dadurch entstehende Schaden einer politischen Radikalisierung den Vorteil eines gut organisierten und ausreichenden militärischen Schutzes wettmacht oder gar an Bedeutung übertrifft.

Ein möglicher deutscher Beitrag wird vielleicht am Rande mit besprochen werden, ist aber keineswegs aktuell. Für ihn fehlen alle praktischen Möglichkeiten, von der Nichtmitgliedschaft im Atlantikrat, bis zu dem Nichtvorhandensein aller schon im Zusammenhang mit einem deutschen Beitrag für eine europäische Armee verlangten Voraussetzungen.

Wahlen ohne Wahl in Spanien

Rw.- Jedes totalitäre Regime hat sein besonderes Wahlsystem. Keiner der Diktatoren unseres Jahrhunderts wollte oder will als unumschränkter Herrscher erscheinen, sondern als geliebter Landesherr gelten, der nötigenfalls über hundert Prozent Stimmen auf sich vereinigt. Hitler hat seinen Reichstag, Stalin hat seinen obersten Sowjet und der Spanische "Caudillo" hat seine Ständekammer, die geduldig Ministerreden anhört und Dekrete in Gesetze verwandelt.

Ausserdem gibt es aber in Franco-Spanien auch Gemeinderäte. Damit aber kein Unfug geschieht, hat man seit Jahren ein besonderes System der Zusammensetzung der Gemeinderäte ausgeklügelt, das die Beeinflussung dieser Körperschaften durch regimefeindliche Elemente unmöglich macht. Im neuen Gemeindegesetz ist dieses System vorsorglich verankert und bestimmt ausserdem, dass die Bürgermeister in den Landgemeinden vom Gouverneur der Provinz und in den Städten vom Innenminister ernannt werden. Die für den 25. November angesetzten Gemeindewahlen werden daher diesem Verfahren gemäss durchgeführt.

Damit kein Irrtum aufkommt; es handelt sich bei diesen Gemeindewahlen lediglich darum, ein Drittel der Gemeinderäte zu besetzen. Für dieses erste Drittel der Gemeinderäte sind theoretisch alle im Gemeindebezirk dauernd wohnhaften Familienväter wahlberechtigt. Wer auf der Liste der Verdächtigen republikanischer Gesinnung steht oder gar seine Leitkarte in der, über sieben Millionen Namen umfassenden, Zentralkartei der Staatsfeinde in Madrid hat, kommt natürlich nicht auf die Wählerliste.

Selbstverständlich gibt es für die spanischen Gemeindewahlen nur eine Sorte Kandidaten: nämlich die, die von der Staatspartei "Falange" nominiert wurden. Viel Kopfzerbrechen macht eine solche "Wahl" daher nicht. Wenn der erste Wahlgang vorüber ist, dann wird das zweite Drittel Gemeindevertreter von den Vertretern der anerkannten Ständeorganisation ernannt, der jeder Arbeitnehmer und jeder Arbeitgeber anzugehören haben. Die Mitglieder dieser Organisation - sindicatos verticales genannt - brauchen sich jedoch nicht persönlich zu bemühen. Der "Delegado", ein Beamter des Arbeitsministers, der ausnahmslos der sogenannten alten Garde der "Falange" angehört, besorgt das

für alle von ihm betreuten Schäflein; zumindest soweit die Arbeitnehmer in Frage kommen. In den Landgemeinden - Spanien ist ein überwiegend landwirtschaftliches Land - gibt es ausserdem den "Cacique", den massgebenden Mann in Ort und Kreis, der mehr denn ehedem vor der Republik seinem Gebot Gehör zu verschaffen versteht und auf dessen Unterstützung das Regime angewiesen ist. Wer dem Cacique nicht gefällt, hat weder Aussicht gewählt noch als ständischer Vertreter ernannt zu werden.

Das dritte Drittel der Gemeinderäte wird dann zu guter Letzt von den ersten zwei Dritteln bereits benannter Gemeinderäte ernannt. Wie man hieraus unschwer entnimmt, ist die Gefahr, dass die Gemeindewahlen, wie am Vorabend der Ausrufung der Republik im Jahre 1931, zu einem regimestürzenden Ereignis werden könnten, sorgsam umgangen worden.

+ + + +
Moskaus Berliner Befehlsausgabe

E.Z. Berlin, 21. November 1951

Der Generalrat des WGB, der vom 13. bis 21. November in Ostberlin getagt hat, hat nicht das geringste mit einer gewerkschaftspolitischen Konferenz zu tun. Ihm wurde, wie aus dem Verlauf der Tagung eindeutig hervorging, die Aufgabe zuteil, der diplomatischen Offensive des Krenl Handlangerdienste zu leisten. Auf deutscher Ebene umriss der Vorsitzende des FDGB, Warnke, den Sinn dieser absichtlich in Berlin durchgeführten WGB-Konferenz mit dem Hinweis, dass der Kampf für die Einheit Deutschlands und gegen die Remilitarisierung im Vordergrund zu stehen habe, wobei er selbstverständlich das von Stalin gewünschte einheitliche Deutschland und die Verhinderung der Eingliederung in den demokratischen Westen meinte.

Die Worte, die Generalsekretär Saillant ausschliesslich an die Adresse der osteuropäischen Arbeitermassen richtete, zeigten noch deutlicher, als welches Werkzeug sich der WGB dem Krenl zur Verfügung zu stellen gedenkt. Saillants Kampfparole galt der Gefahr des angeblich wiedererstandenen deutschen Imperialismus und dessen Schutz durch die USA-Politik und durch den Internationalen Bund Freier Gewerkschaften des Westens. Auf diese Weise soll unter Ausnutzung der noch vor-

handenen antideutschen Stimmung vor allem in Frankreich, Italien, Belgien und Holland hinter dem Rücken der demokratischen Regierungen dieser Länder eine Massenfront geschaffen werden, die eine Aussöhnung der westlichen Völker mit Deutschland unmöglich macht.

Bei der Befehlsausgabe durch den Generalrat des WGB soll es aber nicht bleiben. Auf der Berliner Tagung wurde der Antrag eingebracht, schon in Kürze eine "Konferenz von Arbeitern aller kapitalistischen Länder einzuberufen, die gemeinsam praktische Aktionen der Arbeiter zur Entfaltung des Kampfes für den Frieden" ausarbeiten soll. Damit soll eine Basis für Instruktionsstunden geschaffen werden, in denen im einzelnen gezeigt werden soll, wie die Industrie der westlichen Länder lahmgelegt und das Transportwesen völlig desorganisiert werden kann. Die finanzielle Unterstützung des Hamburger kommunistischen Hafentarbeiterstreiks wurde gewissermaßen nur als ein erster Versuch dargestellt, dem weitere wirkungsvollere Aktionen folgen sollen.

Für die terrorisierte Arbeiterschaft der Ostzone blieb auf der Berliner WGB-Tagung nur der bittere Kohn aus dem Munde des FDGB-Vorsitzenden Warnke, der von einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von acht bis 40 Prozent als Errungenschaft der neuen staatlichen Wirtschaft zu sprechen wagte, wo doch in den letzten Wochen in allen größeren Betrieben der Ostzone die Arbeiter - teilweise sogar handgreiflich - gegen ihre Ausbeutung durch den Kollektivvertrag protestiert haben. Auch dieser Kongreß war nur ein Glied in der langen, leidvollen Kette würdeloser Verlogenheiten, nur eine neue Befehlsausgabe des Kremls an die Masse der Entrechteten.

+ + +

Landespartei C S U

-c. In der CDU ist immer wieder vergeblich versucht worden, die Vereinigung mit der bayrischen CSU herzustellen. Die CSU ging nicht nur ihren eigenen Weg. Sie gewann in Bonn sogar die Selbständigkeit zurück, die in der Fraktions- und Arbeitsgemeinschaft so weit verlorengegangen war, daß die CSU nur noch über Freunde von der CDU, aber nicht mehr vom Bundeskanzler über die Regierungspolitik unterrichtet wurde.

Das ist inzwischen anders geworden. Heute ist die CSU eine weitgehend selbständige Fraktion in der Regierungskoalition und das gleiche gilt von der Partei. Wie die Parteitage der CDU in Gowlar und Karlsruhe bestätigten, ist nicht einmal der Gedanke einer Verschmelzung der "Schwesterparteien" noch aktuell. Mehr denn je legt die CSU Wert darauf, Landespartei zu sein und zu bleiben. Die Gründe hierfür sind nicht nur in Bayern, sondern auch in der Vielgestaltigkeit der CDU Adenauers zu suchen. Hinzu kommt, daß die CSU nur bei Betonung ihrer Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der CDU einige Chancen hat, von dem Niedergang der Partei Adenauers nicht mit betroffen zu werden.

In dieser Situation kann es nicht überraschen, daß sich die bayrische CSU einmütig und energisch hinter Finanzminister Schäffer stellte, nachdem seine Steuervorlagen auch von der CDU abgelehnt worden waren. In einer Pressekonferenz haben Strauß und Schäffer keinen Zweifel offen gelassen, in welchem Maße für sie die Stellung des Finanzministers eine politische Aufgabe im Sinne der Landespartei CSU ist und nicht ein Auftrag, der sich aus der Koalition mit CDU, FDP und DP auf der Bundesebene ergibt. Strauß hat wohl betont, daß die CSU nicht daran denke.

eine Opposition innerhalb der Koalition zu bilden, aber seine ganzen Ausführungen unterstrichen deutlich die Feststellung, daß für die CSU in Bonn erst Aufgaben einer bayrischen Landespartei auf der Bundesebene und danach die einer Koalitionspartei schlechthin zu erfüllen habe.

Die gesamtdeutsche Wahlprüfung des Kabinetts hat die Selbständigkeit der CSU sehr sichtbar gemacht: Dieses Dokument trägt unverkennbar Züge christlich-sozialer, d.h. betont bayrischer Politik, deren Exponent auch in diesem Fall Ministerpräsident Ehard war. In anderen politischen und wirtschaftspolitischen Fragen verhält es sich mit den Einflüssen der CSU nicht anders. Auch sie bilden eine der vielen Kräfte, die in der Bundesregierung gegeneinander wirken und eine klare politische Linie von vornherein unmöglich machen.

Die Folge ist dann die Entwicklung zu einer Koalition, die von Monat zu Monat mehr nur noch ein Defensivbündnis gegen die andrängende, ständig Boden gewinnende Sozialdemokratie ist. Daß bei kommenden Neuwahlen die Wähler sich gerade deshalb der gemeinsamen Verantwortung aller Regierungsparteien für die Bonner Regierungspolitik bewußt sein werden, versucht man zu vergessen, auch bei der Landespartei CSU, von deren Stimmen die Regierung Adenauer lebt und die sich jetzt so gerne aus dem Strudel des sinkenden Schiffes retten möchte.

+ + +

Organisierter Lügenfeldzug

(sp) Kürzlich berichtete das sedistische "Neues Deutschland":

"...Die 500 Arbeiter der Betriebswerkstätte Nürnberg-Hauptbahnhof richteten an den Bundestagsabgeordneten Walter Sasnick (SPD) die Aufforderung, sich für gesamtdeutsche Beratungen einzusetzen. Das Schreiben wurde im Einvernehmen mit dem Betriebsratsvorsitzenden Vogel (SPD) abgesandt".

"...Der Betriebsratsvorsitzende des Eisenbahn-Ausbesserungswerkes Weiden, Brunold (SPD) und die SPD-Stadträte Josef Kick und Schmid bekannten sich in einer gemeinsamen Erklärung zu den Vorschlägen der Volkskammer..."

Wie ist der Sachverhalt? Die Betriebsversammlung beschäftigte sich mit Fragen der Deutschen Einheit. Ausdrücklich wurde jedoch von allen Sprechern hervorgehoben, daß deutsche Einheit in Freiheit freie und geheime Wahlen voraussetze. Von gesamtdeutschen Beratungen mit sowjetrussischen Staatsbürgern deutscher Nationalität fiel kein Wort. Die Kommunisten haben wieder einmal den Tatbestand verfälscht und die Sehnsucht nach Wiedervereinigung in eine Zustimmung für Karlshorst umgelenkt. - Es handelt sich hier um einen organisierten Lügenfeldzug. Die westdeutschen Kommunisten haben den Auftrag, Falschmeldungen in die Welt zu setzen, um Verwirrung unter der Bevölkerung zu stiften, und um vor allem Sozialdemokraten und Gewerkschaftler als Schrittmacher ihrer Absichten zu kompromittieren. Ähnliche Lügelmeldungen der KP-Presse kommen aus allen Teilen der Bundesrepublik. So dichtete die kommunistische "Wahrheit" dem Kreisjugendausschuß des DGB Oldenburg eine Zusammenkunft an, in der gesamtdeutsche Beratungen mit der Grotewohl-Regierung gefördert worden sein sollten. Eine solche Zusammenkunft hat nie stattgefunden.

Verantwortlich: Peter Raukau